

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 482 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214



Bezugspreis: monatlich 12.75 — ohne Porto. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und unsere Anzeigenstellen entgegen.
Morgen-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die 1000 im 10. Raum 1000-Größen 70 H. Die 1000 im 20. Raum 1000-Größen 80 H. Rabat nach Kant. Verlagsanstalt Halle-Saale.
Gefäßstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512.
Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 20. Oktober
Gefäßstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf Amt Karlsruh 71. 8200. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag: n. Druck von Otto Ehle, Halle-Saale.

Einigung in Paris

Englische Sorgen um Oberschlesien

Botschafterkonferenz und Genfer Entscheidung

Die Botschafterkonferenz in Paris, 19. Oktober.
w. Paris, 19. Oktober.
Die Botschafterkonferenz in Paris hat heute Nachmittag über das Verfahren, nach dem die interessierten Regierungen die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien mitzuteilen werden soll, eine einstimmige Erklärung abgegeben. Die Botschafterkonferenz hat um 5 Uhr Nachmittag eine neue Sitzung ab, um die Resolution der Mitteilungen zu vollenden, die an Warschau und Berlin gehen sollen.

Ein italienischer Vermittlungsvorschlag

Der „Matin“ meldet: Am Botschaftererrat hat zu den Verhandlungen über Oberschlesien die italienische Regierung eine Vermittlungsvorschläge eingebracht, mit denen die Verhandlungen am Freitag zu rechnen ist. Nach dem Präsidenten des Botschafterrates Graf Nitti den Bericht des Botschafterrates dahin interpretiert hat, daß er der französischen Auffassung von 2 voneinander unabhängigen wirtschaftlichen Vorschlägen nachkomme.

Neuer erzählt, daß alle alliierten Regierungen ein Einverständnis trafen, um ohne Vorbehalte die Empfehlungen des Botschafterrates anzunehmen und sie sind der Auffassung, daß es sehr wichtig sei, daß Deutschland und Polen diese Empfehlungen genau befolgen. Die einzige Frage, die gegenwärtig erörtert werde, beziehe sich auf die Vorgehensweise, namentlich auf die Ernennung einer gemischten Kommission, die aus einer gleichen Zahl von Deutschen und Polen besteht und von einem neutralen Präsidenten werden sollte. Diese Kommission wird beauftragt, die Durchführung der wirtschaftlichen Empfehlungen zu kontrollieren. Man glaubt, daß es wichtig sei, daß diese Frage erledigt wird, bevor man die Grenzlinie der deutschen und der polnischen Regierung bekanntgibt.

Die wirtschaftlichen Folgen

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Opatowitz meldet seinem Blatt, in Opatowitz, dem Sitz der Interalliierten Wirtschaftskommission, wo sich zahlreiche Sachverständige befinden, herrsche zum großen Teil Vertrauen und selbst Enttäuschung über die Vorkläre des Botschafterrates zur Teilung Oberschlesiens. Man hege die schlimmsten Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Folgen des Botschafterentscheidungs. Für diese Befürchtungen würden derartige Gründe angeführt, daß man die Entscheidung des Botschafterrates nur bedauern könne. Einige Sachverständige seien der Ansicht, daß, abgesehen von der Ungleichheit des Botschaftervorschlags, der Erfolg der Empfehlung des Bundes davon abhängt, ob Deutschland in freundschaftlichen

Sinne mitwirken wolle, „was man selbst von Engeln nicht erwarten könne“, und ob die Polen bereit seien, mit den verhassten Feinden in Freundschaft zusammenzuarbeiten. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß Polen nicht über genügend Transportmittel verfügt, um den Anforderungen, die ihm aus dem zugeleiteten Gebiet erwachsen, gerecht zu werden. Außerdem würden zahlreiche deutsche Beamte und Besatzungssoldaten, Ingenieure, Techniker, Offiziere und Lehrer, nach und nach aus dem Polen zugeleiteten Gebiet auswandern, und obgleich sich vielleicht an ihrer Stelle eine beträchtliche Zahl französischer Beamter in diesem Gebiet niederlassen würde — „davon verschiedene Mitglieder der Doppel-Kommission“ —, so herrsche doch allgemein die Ansicht, daß das oberhalbste Gebiet wirtschaftlich und kulturell sterben werde.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt über die rechtlichen Schwierigkeiten, die bei der Durchführung der Botschafterentscheidung auf der Botschafterkonferenz in Paris entstanden sind, man hoffe, daß Cecil Curzon oder Malcolm vom britischen Auswärtigen Amt in der Lage sein werden, an der für heute angelegten Botschafterkonferenz teilzunehmen. Die Hauptfrage sei nicht so einfach, wie von vielen Personen angenommen werde; sie verhalte sich nicht auf die Erwägung, ob der wirtschaftliche Plan und die Grenzlinie als unannehmbar angesehen werden sollen oder nicht. In London werde erneut herbeigeholt, die französische und die englische Regierung seien einer Meinung darüber, daß beide Fragen voneinander nicht zu trennen seien. In der Hauptsache handle es sich bei der Erörterung auf der Botschafterkonferenz um die Frage, in welcher Weise die politische Grenzlinie und der wirtschaftliche Plan angewendet werden sollen.

Das Organ des polnischen Obersten Volksrats, der „Czerwony“, meldet aus Warschau politischen Kreisen mitzuteilen, man habe dort die Ansicht, Polen werde bezüglich der Bedingungen der wirtschaftlichen Kommission gegen Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15jährige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeiterbewegung einzumischen.

Der Warschauer „Kurjer Poranny“ nennt die Tatsache, daß bezüglich der Teilungslinie noch in verschiedenen Punkten Unklarheiten bestehen, vollkommen unbegründet, da es die Pflicht des Botschafterrates gewesen sei, den Vertreter Polens in Genf über den Verlauf sämtlicher Arbeiten genau aufzuklären, und da Polen nur unter dieser Bedingung auf Wunsch Frankreichs auf die Teilnahme an den Besprechungen des Botschafterrates verzichtet habe.

W. Wroclaw, 19. Oktober.
Nebenbei der Grenze sind im Raum Wroclaw-Stramp eine neue polnische Truppenformationen angekommen. In der Stadt sind 18 unteroffiziere antwortend einige dieser Formationen einen Vorstoß im Raum Widzow-Wojanowicz nach südwestlichem Front, wobei Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, gegen sich die Polen wieder zurück.

Holländische Politik

Professor Dr. Axel Hagen, v. Freytag-Loringhoven.

Vor kurzem ist in deutscher Uebersetzung ein Buch des bekannten holländischen Historikers Kapfje erschienen, das die Stellung Hollands im Weltkrieg behandelt. Es hat in den deutschen Kreise sofort große Beachtung gefunden und es ist für uns nicht nur geschichtliche Bedeutung hat. Wir können aus ihm lernen, wie ein schwaches Volk, gestützt nur auf das Bewußtsein seines Rechts, seine Würde zu wahren und alle Verdrängung seiner unendlich viel stärkeren Nachbarn zurückzuweisen vermag. Eine Bibel des Nationalismus, ein unerschütterliches Leitbild für die künftige deutsche Außenpolitik ist dies Buch zu sein. Selbst nationalgesinnte Väterwörterbücher dieser Art Auffassung nicht. Schönlank fand sich in ihnen ein Hinweis darauf, daß zwar Hollands Recht im Krieges geachtet werden soll, daß aber Deutschland auf ähnliche Schonung nicht rechnen dürfe. Die Früchte, die eine Vergewaltigung Hollands gestiftet hätten, wären eben nicht wertvoll genug gewesen, um das Dornen eines Rechtsbriuchs auf sich zu laden.

Dieier Gedankengang ist schon an sich geeignet, die Begierde, die sich für eine „holländische Politik“ in Deutschland zu regen begann, als arundlos erscheinen zu lassen. Doch bei aufmerksamer Lektüre des Buches von Kapfje und sorgfältiger Prüfung des Tafelbuches erweist sich, daß sogar sie viel zu optimistisch sind. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß nach einer Achtung vor dem Rechte Hollands oder auch nur von einer Schonung seiner Belange während des Krieges nicht die Rede sein kann. Die Kriegführenden, vor allem die Entente, haben das holländische Recht in brutaler Weise mit Füßen getreten und haben das kleine Land immer und immer wieder zum Nachgeben gezwungen. Nur eine Grenze gab es für ihre Forderungen: Holland durfte nicht so weit getrieben werden, daß es sich den Mittelmächten angeschlossen hätte. Das hätte den Interessen der Entente allzu sehr widersprochen. Es hätte sie nicht nur in den Augen der übrigen neutralen Staaten Mißbilligung, es hätte ihnen auch schmerzhaften materiellen Schaden gebracht und ihre Steuereinkünfte verringert. Das heißt aber nichts anderes, als daß Holland sein Recht nur so weit zu wahren vermochte, als seine Macht reichte. Nur so weit es die in die Waagschale werfen konnte, durfte es auf Anerkennung seiner Rechte hoffen. Ein neuer Beweis dafür — wenn es eines solchen überhaupt bedarf —, daß im Völkerleben Recht ohne Macht gar nichts bedeutet.

Die holländischen Sympathien haben von vornherein in höherem Maße der Entente als den Mittelmächten gehört. Der kulturelle Zusammenhang mit England und Frankreich war enger als mit Deutschland. Der Kampf auf das Wirtschaftliche gerichtete Sinn der Holländer verpürte nur Abneigung gegen das Autokratie, dem Individualismus um wenig Spielraum lassende Preußen-Deutschland, dessen Bild ihm hauptsächlich durch die deutschen Weltkrieger jüdisch-demokratische Färbung vermittelt wurde. Diese Mächte waren es auch, die durch ihre ständigen Angriffe gegen Konföderation und Mitteldeutsch in Holland die Ueberzeugung erzeugten, daß eines der nächsten Ziele des preussischen Militarismus die Einverleibung des kleinen Nachbarlandes sei, während England und Frankreich den Hort der Freiheit des einzelnen, ebenso wie der Völker darstellten. Das fürchte Konjunktur noch popieren Fehlen hat dann nach Kriegsbeginn dazu beigetragen, die Abneigung gegen Deutschland und die Furcht vor ihm zu verstärken. Nach dem Kriege wiederum haben die Schriften Kaufmanns und seiner Gesinnungsgenossen dazu geführt, daß selbst ein Mann von der Objektivität des Verfassers an das Wachen von der deutschen Friedenspolitik glaubte. Zweifellos freilich haben die mannigfachen Bedrückungen, die die Entente sich auch nach dem Kriege nicht allzu sehr auszuhalten konnten, haben vor allem die belästigten Annerkennungslüste über die das Buch interfonte und vielfach neue Aufschlüsse bringt, die Sympathien für die Entente abgeschwächt — soweit sie nicht schon im Kriege geschwunden waren.

Dafür aber bestand wahrlich genügende Veranlassung. Der etwa 125 Seiten umfassende Bericht über die während des Krieges mit den Großmächten geflohenen Verhandlungen bringt ein wahrhaft erschütterndes Material, das sich hier in seiner Welt erschließen läßt. Gleich zu Beginn des Herbst 1914 suchte England im Widerbruch zur Verbannung der Welt die Weltbesitzer nach Holland abzuholen. Nur die Vermeidung einer Einbreitungsstelle, die sich allmählich nach unten entlastete Kontrolle stellte, brachte Holland vor der Hungernot. Es folgte die Weigerung, dem völkerrechtlichen Grundgesetz, daß die Flotte die Ladung befördern anerkennen. Holländische Schiffe wurden von englischen Kreuzern aufgebrocht. Sie wurden gezwungen, englische und französische Küsten anzuhalten. Im Widerbruch zu allen

Ratifikation des Friedens in Washington

Washington, 19. Oktober.
Der amerikanische Senat hat die Friedensverträge mit Deutschland und mit Oesterreich mit 66 gegen 10 Stimmen und den Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen ratifiziert.

Der Senat lehnte mit 66:8 Stimmen einen Antrag des Senators Webb ab, daß die Vereinigten Staaten nach der Ratifikation des Sondervertrages mit Deutschland keine der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage erfüllen sollten.

Im Senat trat der Senator Johnson (Unabhängiger Republikaner) für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte, er könne sich nicht der Ansicht anheften, „Unabhängiger“ anzuschließen, daß der Vertrag wahrhaftig die Vereinigten Staaten in die europäischen Verbindungen hineinziehen werde, aber, so erklärte er, es sei unklar, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, der alliierten Entscheidungskommission beizutreten.

Senator Hitchcock, der frühere Führer der Rechte, die für Ratifizierung des Versailler Vertrages waren, sprach auch für die Ratifizierung des dem Senat vorliegenden Vertrages. Er meinte, die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland sei für die Rekonstruktion Amerikas notwendig. Er führte aus, daß die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag da-

durch anerkannt, daß sie eine Stimme bei der Verfügung über das Meer und andere frühere deutsche Besitzungen beanspruchten.

Sum Tode König Ludwigs

W. München, 19. Oktober.
Das Gesamtministerium hat am der Bahre des Königs Ludwig in Sarraz einen Antrag niedergelegt lassen.

Die die Herr. Hofmann meldet, wird die Leiche des Königs nach den von der Familie getroffenen Bestimmungen nach München übergeführt und in der Domburg beigesetzt werden. Vorausgesetzt wird gleichzeitig die in Widenmarch beigesetzte Leiche der Königin Maria Theresia dahin übergeführt werden.

Die die Herr. Hofmann weiter meldet, hat die bayerische Regierung bezüglich des Todes des Königs an den Feindesguppereit in Sarraz nachfolgendes Beileidstelegramm geschickt:
Die Nachricht von dem fern der Heimat erfolgten Tode des unerschütterlichen Königs weckt in ganz Bayern tiefe Trauer. Ein Vorbild treuerer Pflichterfüllung, das er, das eigene Bild im Glanz Bayerns lebend, sein ganzes arbeitsreiches Leben dem Dienst des Vaterlandes gewidmet, unermüdet die Wohlfahrt des Landes gefördert, gerecht und beherrschend die Fäden der Regierung geführt und in allem Wandel der Zeiten seinem Volke Liebe bewahrt. Das Gedächtnis des treuen, deutschen, charakterfesten Mannes, des hochgeachteten, verehrungswürdigen Königs wird in der aufrichtigsten Dankbarkeit des bayerischen Volkes immer fortleben. Ein. Hopsit und den Mitgliedern Ihres Hauses bitte ich namens des bayerischen Gesamtministeriums innigste Teilnahme auszudrücken zu dürfen.

Vertical text on the left margin, including names like 'Krasemann', 'H-Tasche', 'Billigen Preis', 'Vertrieb', 'Feldstraße', 'rgarten', 'ng', 'tt.', 'ing', 'ater', 'schen', 'mendorf', 'klame', 'ornehme', 'e; sie ist', 'schmen abg', 'pien.', 'Prozession', 'alogs', 'ner Ausstufung', 'und preisw', 'rel von', 'ille a. S.

